

Wirtschaftslage mit „Dreisprung“ sichern



Mit Unternehmern und Kommunalpolitikern tauscht sich Wirtschaftsminister Ernst Pfister aus. Mit dabei FDP-Landtagskandidat Hendrik Tzschaschel (l.) und Bürgermeister Bernhard Martin. Foto: Deschner

Von Marcus Deschner

Eberbach. Über den Zustand der Straßen, schnelle Datenautobahnen, Hilfen für den Mittelstand und die bisweilen kuriose Steuergesetzgebung tauschte sich am Mittwoch Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) im Rathaus mit örtlichen Unternehmern aus. Pfister freute sich nach der Begrüßung durch Bürgermeister Bernhard Martin, dass die Wirtschaftskrise im Land Baden-Württemberg so rasch vorübergegangen ist und vergaß dabei auch nicht, ein wenig die Werbetrommel für den mitgereisten FDP-Landtagskandidaten im Wahlkreis, Hendrik Tzschaschel zu rühren.

"Schönes Rathaus haben Sie hier", sagte Pfister, der die Zeit zuvor noch zu einem kleinen Altstadttrudgang genutzt hatte. Dann wurde der Minister im Kreis von etwa zwei Dutzend Unternehmern, Kommunalpolitikern und Amtsleitern konkreter und untermauerte seine Aussagen zum Wirtschaftsaufschwung mit Zahlen. Der Geschäftsklimaindex sei derzeit so gut wie zuletzt vor 20 Jahren. Die recht geringe Arbeitslosigkeit und wenige junge Leute ohne Beschäftigung seien ein Pfeiler der sozialen Stabilität.

Um die gute wirtschaftliche Lage zu sichern, bedürfe es aber eines "Dreisprungs". So müsse die Politik alles tun, um die Innovationskraft im Land zu stärken. Während europaweit nur 1,8 Prozent des Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben würden, seien es in Baden-Württemberg 4,4 Prozent. "Dieses Saatgut muss weiter ausgebracht werden", betonte Pfister. Zudem habe das Land eine sehr offensive Bürgerschaftspolitik betrieben und damit vielen Mittelständlern über die Krise geholfen. Diese wolle man auch in Zukunft für "echte" Investitionen der Betriebe fortsetzen. Und als dritten Teil sah Pfister die Qualifikation der Mitarbeiter in den Betrieben an. "Der wohl schwierigste Part", wie er angesichts eines drohenden Facharbeitermangels einräumte.


"Wenn dann noch ein fairer Finanzausgleich zwischen den Bundesländern stattfindet und es gelingen könnte, die hier erwirtschafteten Mittel im Land zu halten, kann noch viel mehr in unsere Infrastruktur gesteckt werden", betonte er. Da Baden-Württemberg ein Transitland sei, brauche es auch gute Verkehrswege, forderte Thomas Schleicher, Bauunternehmer und Präsident der nordbadischen Bauwirtschaft.

Die "Unterlassungssünden der Unterhaltungsmaßnahmen" beim Straßenbau in den letzten zehn Jahren zeigten sich nun nach dem strengen Winter. Mit Interesse habe er vernommen, dass das Landeskabinett Mittel zur Beseitigung bereit gestellt habe. Auch in die Rhein-Neckar-Region flössen 40 Millionen Euro. Schleicher wollte vom Minister wissen, ob der sich eine aufkommensneutrale Pkw-Maut vorstellen könne. Von Pfister kam ein eindeutiges "Ja", denn fast in allen Ländern um Deutschland gebe es Maut und Vignette. Falls man dann noch die Kfz-Steuer abschaffe, könnten bis zu 3500 Staatsdiener eingespart werden.

Waldbrunn's Bürgermeister Klaus Schölch regte an, Zweitwohnsitzinhaber bei der Vergabe von Mitteln im kommunalen Finanzausgleich zu berücksichtigen. "Ein interessanter Gedanke", befand der Wirtschaftsminister. EWG-Vorsitzender Dietrich Müller bat dringend darum, für ein geplantes Factory-Outlet-Center mit vielen Geschäften in Sinsheim keine Ausnahmegenehmigung zu bewilligen. Kopfnicken bei Pfister: "In meinem Haus liegt dazu gar kein Antrag vor". Dr. Andreas Wiese, Geschäftsführer der Firma Ronald Schmitt, prangerte die teil sehr ungerechten Steuergesetze an.

Für gut ausgebildete, verheiratete Frauen lohne sich nach einer "Kinderpause" häufig der Wiedereinstieg ins Arbeitsleben nicht mehr.

4

 **Drucken**